

Die Rückkehr in den Beruf.

Die Demobilisierung stellt unsere Regierung und die Bevölkerung vor eine Aufgabe, die viel ernstlicher ist als jeherzeit die Hin- und Herbewegung der Heere und die Regelung des Nachschubs. Wir müssen bedenken, daß wir ein Heer von vielen Millionen haben, und daß nicht alle Soldaten zur gleichen Zeit in die Heimat entlassen werden können. Es ist daher notwendig, wenn zuerst die ältesten Soldaten nach Hause geschickt werden, die Leute, die die lange Abwesenheit von Heimat und Krieg, von Weib und Kind auf die Dauer der Zeit besonders schwer empfunden haben. Dann abwärts von diesem rein menschlichen Gesichtspunkte muß man aber auch bedenken, daß der Abbau des Heeres an allen Orten in Gegenwart und Zukunft viele fleißige Hände nach Hause bringen wird, die man nicht als unbeschäftigte Leute abgeben darf, sondern sie sollen in der Heimat einarbeiten, so daß sie nicht als Last für die Wirtschaft zu werden haben. Wie man die demobilisierten Soldaten in die Wirtschaft einarbeiten kann, das ist die Aufgabe der Regierung. Sie muß die demobilisierten Soldaten in die Wirtschaft einarbeiten lassen, so daß sie nicht als Last für die Wirtschaft zu werden haben. Wie man die demobilisierten Soldaten in die Wirtschaft einarbeiten kann, das ist die Aufgabe der Regierung. Sie muß die demobilisierten Soldaten in die Wirtschaft einarbeiten lassen, so daß sie nicht als Last für die Wirtschaft zu werden haben.

Es ist die Pflicht eines jeden Mannes, der zur Entlassung kommt, dafür zu sorgen, daß er in der Heimat einarbeiten kann. Er muß sich um die Beschaffung von Arbeit bemühen, er muß sich um die Beschaffung von Arbeit bemühen, er muß sich um die Beschaffung von Arbeit bemühen. Er muß sich um die Beschaffung von Arbeit bemühen, er muß sich um die Beschaffung von Arbeit bemühen, er muß sich um die Beschaffung von Arbeit bemühen.

Jeder muß genau auf alle Formalitäten bezüglich der Verformungsarbeiten: eine spätere Anmeldung von Verformungsarbeiten macht nicht nur dem Verformenden viel Arbeit und womöglich Ärger, sondern erschwert auch den Behörden ungemein jedes Arbeiten. Der Verformungsbeauftragte muß dann unendlich lange auf die Urteilsung warten und ist wirtschaftlich zweifellos im Nachteil. Von der Entlassung ausgeschlossen sind die beiden Jahrgänge 1898 und 1899 und vorerst die beiden nächsten 1897 und 1896, weil man sie als Stamm braucht zum Ordnung schaffen. Denn was es alles zu ordnen gibt! Ein Wehrdienst wie das Millionenheer eines großen Volkes läßt sich nicht von heute auf morgen demobilisieren. Der Abbau muß langsam und zielbewußt vor sich gehen, sonst führt er ein und begründet Unzufriedenheiten, die sich nicht von heute auf morgen demobilisieren lassen. Es ist klar und für jedermann verständlich, daß bei einer so raschen Entlassung der Arbeitsmarkt überflutet werden muß. Wer also seine Arbeit hat, kann auch, wenn er eigentlich zur Entlassung heranreift, beim Heer verbleiben. Dort hat er Wohnung und Verpflegung ebenso wie Kleidung, was aber natürlich dafür nötig ist. Er bekommt auch keine Lösung und kein Geld, er muß alles zusammen, die nötigen Lebensmittel, die freie Kleidung, zumal alles, was er nicht zu tragen braucht, zusammenrechnen und sich klarmachen, daß er allerdings keine Reichthümer sammeln

wird, andererseits aber auch keinerlei Klagen über den Krieg hat. Die Demobilisierung muß sich eben so glatt vollziehen, wie die Mobilisierung im Jahre 1914 reibungslos vollzogen ging, dann erst haben wir geglaubt, daß wir ohne Rücksicht auf alle Zusammenhänge ein ordnungsliebendes und diszipliniertes Volk sind, das die große Kraft und den festen Willen in sich hat, sich dem Wirtschaftslernen auf fester und solider Grundlage neu aufzubauen.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Die Mitteilung, daß die Entente nach das insbesondere der französische Marschall Foch, absehend von den während der Verhandlungen selbst erreichten Zugeständnissen, jede Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen ablehne, hat erhebliches Aufsehen in Deutschland hervorgerufen, obwohl angesichts der hoheliebenden Stimmung unserer Feinde niemals ein Grund zur Annahme vorlag, daß sie erst Waffenstillstandsbedingungen festlegen, um sie dann auf deutsche Bitten hin zu mildern. Es wird berichtet, daß die deutschen Delegierten vor allem dem Eindruck einer unerklärlichen hoheliebenden Rücksicht mangelhaft haben. Wer die französische Presse der letzten Monate und Jahre verfolgt hat, kann sich auch darüber nicht wundern, und es entspricht nur folgerichtig diesem Haß und dieser Wut, daß die französische Armee darauf besteht, in Deutschland einzurücken und das deutsche Gebiet zu verwalten.

Die Annahme in deutschen amtlichen Kreisen hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Weigerung unserer Feinde, die Waffenstillstandsbedingungen zu mildern, in erster Linie auf dem Wunsch beruht, durch deutsches Unvermögen, die Bedingungen zu erfüllen, einen Vorwand zum Einmarsch zu gewinnen. Daß Großbritannien keinen Anlaß haben würde, sich gegebenenfalls solchen französischen Wünschen zu widersetzen, liegt auf der Hand, und ob die Entente es nicht als im Rahmen eines Friedens der Gerechtigkeit liegend betrachtet werden, bleibt noch ungewiß. Die dabei in allen Ententeländern vorausgesetzte wiederholte Drohung, daß man mit einem bolschewistischen Deutschland nicht verhandeln, sondern dann einrücken und Ordnung stiften werde, paßt in das Bild hinein, in das Bild des Willens, Deutschland so zu treffen, daß eine Wiedererhebung ausgeschlossen ist. Dazu stimmt ebenfalls das Verlangen der französischen Presse einer tatsächlichen Verdrängung der linksrheinischen Gebiete vom Deutschen Reich, der Vernichtung Preußens, der Besetzung Wiens und einer Einwirkung der Entente auf die kommende Nationalversammlung mit maßgebender Bestimmung, unter welchen Bedingungen die deutsche Konstitution gewährt werden dürfe und solle. Nur mit einer „gerechlich“ zustande gekommenen deutschen Regierung will die Entente verhandeln, aber sie selbst will anscheinend dieses Gesetz sein. Selbstverständlich kann man nicht wissen, ob nicht trotz Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen die Franzosen vorwärts gehen und haben, während in Deutschland einzuweichen, aber auf alle Fälle muß das Menschliche geschehen, um die Bedingungen zu erfüllen und vor allem die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, welche gerade durch die Waffenstillstandsbedingungen so maßlos gefährdet wird. Man hat leider noch immer den Eindruck, als ob weite Kreise in Deutschland den unerschütterlichen Ernst dieser Lage und ihrer weiteren Ausdehnung noch lange nicht genug würdigen. Er geht jeden Deutschen, einerlei welcher Partei und Klasse, gleichmäßig an, ihr alle handelt es sich um Freiheit, um Frieden und Zukunft.

Der neue Vorschlag der Waffenstillstandskommission bestätigt diese Auffassung der Lage. Zweifellos tritt es zu, daß das Oberkommando der Alliierten durch die unzulässigen Waffenstillstandsbedingungen die völlige Auslöschung des deutschen Heeres erreichen will, denn das liegt im Grundcharakter Frankreichs und Großbritanniens mit enthalten. Ob in Deutschland Anarchie und

Hungernot ausbrechen, steht unseren Feinden in dritter Linie, insbesondere schämen sie sich der Ansicht zu sein, daß sie als Sieger durch die Größe der Niederlage durch deutschen Bolschewismus wenig bedrückt würden. Vielleicht rechnen sie auch damit, daß ein Bolschewismus im russischen Sinne in Deutschland nicht möglich ist, sondern nur ein solcher, der Deutschland allein zugrunde richten und ihnen den Vorwand zu Einmarsch und Vermählung geben würde.

Man begegnet seit der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen vielfach in Deutschland der Auffassung: milde Friedensbedingungen würden folgen, nachdem man den guten Willen Deutschlands erkannt haben würde, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Vor solchen vertrauensvollen Hoffnungen muß gewarnt werden. Das Kriegziel unserer Feinde ist während der ganzen Dauer des Krieges unerschütterlich geblieben, dem Deutschen Reich das Maß an zu brechen, dazu besonders Beugen als Großmacht ein für allemal zu vernichten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Auf die Bitte des Erzbischofs von München, der Papst möge sich bei den Entente-Regierungen um die Aufhebung der Blockade bemühen und sich für die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland verwenden, ist dem päpstlichen Staatssekretariat geantwortet worden, daß der Papst, der sich bereits beim Präsidenten der Ver. Staaten um die Milderung der Bedingungen des Waffenstillstands und für die Lebensmittelerzeugung Deutschlands bemüht hat, auch jetzt logisch bei dem amerikanischen und französischen Vorkopf, sowie bei der englischen Regierung Schritte getan habe.

* Anders lautenden Meldungen gegenüber wird aus Köln geschrieben: Die Frage, ob im Rheinlande ernsthafte Bestrebungen im Gange sind, die auf eine Loslösung der Rheinprovinz vom Reich abzielen, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erhebt ihre Unabhängigkeit von der politischen und politischen Diktatur Berlins, möchte aber im übrigen ein Glied der deutschen Einheit zu bleiben.

* Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, haben die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte Oldenburg, Ostfriesland, Bremen, Regierungsbezirk Stade, Harburg, Hamburg und Schleswig-Holstein eine neue Republik mit dem Sitz in Hamburg gebildet. Diese reiche also erhebliche Teile von Steuern ab und vereinige sie mit anderen Bundesstaaten zu einem neuen Staatswesen.

Deutsch-Osterreich.

* Tirol hat sich für seine grundsätzliche Selbständigkeit erklärt. Es wird hierbei erklärt, daß das Tiroler Volk durch die faktische unterirdische Umstände kein volles Verfassungsrecht über sich zurückerhalten habe. Die eigentliche Regierung Tirols sei gegenwärtig der provisorische Nationalrat Tirols. Erst sobald die Fragen der endgültigen Regierung Tirols entschieden seien, könne von einer Besetzung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung die Rede sein.

Böhmen.

* „Karolny Vist“ zufolge hat sich die Regierung der böhmischen Republik an die tschechoslowakische Republik wegen Abschluß eines Handelsabkommens und der Bezeichnung eines gegenseitigen Warenverkehrs abgeben. An Bayern würden verschiedene Warenartikel zu Papapapieren oder zu von der tschechoslowakischen Republik bestimmten Preisen abgegeben werden. Dagegen würde sich Bayern verpflichten, Industrieprodukte, die in der tschechoslowakischen Republik benötigt werden, zu liefern.

Ungarn.

* Blättermeldungen zufolge ließ die Regierung durch den Wiener tschechischen Botschaften an die Entente die eine Note übermitteln, in der die Beendigung des am 1. Dezember ablaufenden Waffenstillstandsvertrages, die un-

verkäufliche Aufnahme der Friedensverhandlungen und die Schaffung einer direkten Verbindung mit der ungarischen Regierung verlangt wird.

Polen.

* Eine Erklärung der provisorischen polnischen Regierung der Polnischen Republik bezieht u. a. auf das Herbeiführen der endgültigen Vereinigung aller durch das polnische Volk bewohnten Länder der Welt, die die der handelspolitischen Aufgaben. Die Leitung und Ausrichtung freundschaftlicher Beziehungen an allen Staaten wird erreicht werden. Für den Grenzschutz wird durch die Bildung des Heeres gesorgt. Das Verhältnis zu den Nachbarn soll sich nicht auf Macht und Ansehensherrschaft stützen, sondern auf die Anerkennung der berechtigten Interessen und auf friedliche Lösung der Streitfragen.

England.

* Londoner Blätter sagen, die Lage des ehemaligen Kaisers von Deutschland werde vielleicht bald eine neue Entwicklung erfahren. Die Alliierten wählen genau, was auf dem Schloß Ammerongen vorgehe, und könnten beweisen, daß der Kaiser ein Kaiser sei, den man in den Angelegenheiten Deutschlands nach nicht vernünftigen diktatorischen Maßnahmen habe bestimmen lassen, die nicht ohne Einfluß auf die Lage sein könnten.

Belgien.

* In der Thronrede entwickelte der König ein Bild der Ereignisse des Weltkrieges und der Rolle, die die verschiedenen Bundesgenossen dabei gespielt haben. Dann verurteilt er verschiedene Reformen und erklärt, jeder müsse die Möglichkeit haben, in seiner eigenen Sprache vernommen zu werden. Es wird vorgeschlagen, eine föderale Union zu gründen.

Russland.

* Die Verbündeten haben einen Aufruf an die Bevölkerung Ostpreußens veröffentlicht, in dem bekanntgemacht wird, daß sie ihren Einzug in Ostpreußen vorbereiten, um weder die Konstitution einzuführen und den Bolschewismus zu zerstören. Die Verbündeten erkennen in Russland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an. Von allen anderen Organisationen werden verlangt die Mächte die Herausgabe der Waffen.

Von Nah und fern.

Briefgenuss für die Kaiserin und die Kronprinzessin. Der Kaiserin und der Kronprinzessin ist es gestattet, mit dem Kaiser und dem Kronprinzen in brieflichem Verkehr zu stehen. Es dürfen nur solche Mitteilungen gemacht werden, die sich auf die Familie beziehen oder die die gegenwärtige Lage in Deutschland so schildern, wie sie in der Tat ist. Die Briefe werden durch Etappentruppen abgewickelt.

Veretzte Staatsgelder. Dem Volkspolizeibeamten des NSR in Sagan überreichten drei Landurkunden, die aus Kiew kamen, 1.000.000 Mark deutscher Geld, 118.824 Mark Österreich, 98.310 Kronen österreichisches Geld, 2000 Lei rumänisches Geld, 197 Pfund tschechisches Geld, 6000 Mark polnisches Geld, einen Betrag mit 100.000 österreichischen Kronen und ein viele Tausende Mark Wertpapiere. Die Beamten haben ihren Schatz, den sie nach Kiew nach Kiew bringen sollten, durch die Umwälzungen in Kiew daran verhindert, was nach einer sehr abenteuerlichen Fahrt in Sagan abliefern konnten. Sie erhielten eine hohe Belohnung.

Todesstrafe bei Vorenthaltung von Lebensmitteln. Der NSR in Sagan hat verordnet: Alle Personen, welche Lebensmittel zurückhalten, um diese zu höheren Preisen abzugeben, sind mit dem Tode zu bestrafen. Es wird erwartet, daß durch den bisherigen Mangel an Nahrungsmitteln die Bevölkerung des Reiches zu Grunde geht.

In bösem Schein.

4) Kriminalroman von Heinrich Lea.

Kaiser dem Verleumdungs- und der Verleumdung wurde in den Tagen des Toten an sonntagen zu beachtenden Gegenständen noch ein Hund Schüssel gefunden. Amstrichter Braunfisch legte diesen Hund auf den Tisch.

„Kann jemand von den Anwesenden die Schüssel?“ fragte er. — Herr Holsfeld? — Sind Sie damit nicht bekannt?“

Holsfeld trat an den Tisch. „Zum Teil“, erwiderte er. Ob er den oder die Schüssel zum Gehirnanfang darunter kenne, fragte Amstrichter Braunfisch weiter. Allerdings — diese Schüssel Holsfeld. Er bezeichnete als solche einen einzigen und kleineren und auf Wunsch des Braunkopfes er damit das ziemlich schmierige Schloß des Schranke. Der Schranke enthielt nur einige Schüsselstücke, im übrigen war er leer.

Was den Aussagen des Kontorpersonals und Holsfelds selbst nicht einig war, daß außer am Hofe kein solches Geld nur wenig im Geschäft einfließt, da der Zahlungsvorgang der Firma fast ausschließlich über Reichsbank-Girokonten ging. Was an deren Stelle einfließt, wurde von Begegnung in einer Kasse im Kontor verwahrt, nur aufzuheben bei größeren Barumzügen dienste der Gehilfen, die dann Herr Kojenau selbst hinstellen pflegte.

„Wohin — ist heute oder in den letzten Tagen eine solche Barsumme einzufließen und von Herr Kojenau in dem Gehilfen die- leicht weggeschleppt?“

Noch bevor der Amstrichter mit seiner Frage fertig war, gab Begegnung mit seiner Miene kund, daß er hierzu etwas Besonderes zu sagen wolle.

„Nun, Herr Begegnung —“ Begegnung befuhrte, daß am Vormittag von einem Kunden aus einem kleinen Ort, der keine Reichsbankfiliale hatte, ein Geldbrief eingegangen war, der zweihundert Reich mark enthielt und zwar in zwölf neuen Hundertmarkstücken. Dieses Geld hatte, bei hohen Beträgen wegen, Herr Kojenau an sich genommen, mit der ausdrücklichen Bemerkung, es in den Gehilfen zu halten zu wollen. Morgen früh, wenn der Kassenbote wieder nach der Stadt ging, sollte es auf die Bank gebracht werden. Begegnung meinte, er hätte sich eigentlich gleich wundern sollen, als er das Geld nicht im Schranke sah — nur war es ihm nicht eben sofort eingefallen. Auch der zweite Buchhalter und der Lehrling beschäftigten dies Aufzage.

„Herr Holsfeld!“ fragte Amstrichter Braunfisch — „Ist auch Ihnen etwas von diesem Geld bekannt?“ Holsfeld bejahte. Als Braunkopf war er natürlich in alle Geschäftsvorgänge eingeweiht.

Wo also war das Geld hingekommen? Auch die Nachforschungen, die Amstrichter Braunfisch sofort mit Hilfe der Gehilfen und von den anwesenden Zeugen unternahm, an den übrigen Aufbewahrungsorten des Zimmers, sowie im oberen Stock in der Privatwohnung vornahm, gaben darüber keine Aufklärung. Die Wahrscheinlichkeit, daß es sich um einen Raubmord handelte, rückte also sehr nahe. Der Täter

hatte erst sein Opfer niedergeschossen und sich dann der Schüssel bemächtigt. Wenn aber Raub vorlag, warum hatte er dann das Portemonnaie und die Beistellkarte seines Opfers gelassen? Natürlich blieb diese Frage ein Rätsel — aber der Täter hätte die bestimmte Absicht dabei, von vornherein dem Verdacht, daß Raub vorlag, die Spitze abzubreaken, und, um in den Besitz der Hauptsumme zu gelangen, auf die kleinere verzichtet. Damit stimmte dann auch der Umstand überein, daß er die Schüssel dem Toten wieder in die Tasche gesteckt hatte.

Der Täter mußte also dem Herrn Kojenau sehr nahe stehen; dies ging daraus hervor, daß er mit dem eigenartigen Schloß des Schranke Bekanntschaft hatte, weshalb auch annehmen war, daß er von dem Buchhalter der zweihundert Reich mark unterrichtet gewesen sei.

Amstrichter Braunfisch billigte seinen Entschluß das Protokoll. Herr Holsfeld er auch nach die beiden Damen des Hauses vernommen, aber sie waren noch immer nicht zureichend. Das Zimmer wurde gelassen, die Tür mit Segeln verließ, — die Leiche unerschüttert in ihrer Stellung gelassen. Dann gingen die Herren in die vor dem Tor haltende Droschke und fuhren nach der Stadt zurück.

Holsfeld hatte den Herren wieder das Geheiß gegeben. Der Herr Holsfeld er auch nach dem demontierten Wagen nach. Auf der rechten Seite, in der hinteren Ecke davon, mußte bald ein anderer herankommen. Denn Holsfeld mußte jetzt, wo die Damen eingestiegen waren. Es fand heute in der

Stadt ein großes Archkonzert statt, das die Schmelde hatte es ihm gesagt — hatten befehlen wollen.

„Soll ich nicht hin und Sie holen?“ hatte Schmelde gefragt. „Nein“, hatte er ihm erwidert.

Er war jetzt allein. Niemand konnte ihn sehen. Ein dummes Kind trat auf den Gehsteig. Was seinen letzten Schreien hören konnte, aber nicht weiter. Er war jetzt allein. Niemand konnte ihn sehen. Ein dummes Kind trat auf den Gehsteig. Was seinen letzten Schreien hören konnte, aber nicht weiter.

Es war der Wagen, auf den Holsfeld im Parkiet hatte — ein letztes Geheiß war von Schmelde befohlen, daß von einem anderen im einfachen Drosch gefahren wurde. Er hatte im Wagen sitzenden Damen hatten ihre Augen schmerzhaft aufgeschlossen, eine doch aber nicht halten ganz dadurch verdrückt wurden. Es war von Kojenau her. Er sei das Schloß der Droschke „der Stadt“, so war das Schloß der Droschke. Der Droschke wegen hatte er jetzt den Schloß vom Gehsteig gelassen, er hatte seinen Drosch mit dunklen Augen und dem hellen Haar, das in dem Licht der Droschke die weißen Seiten zeigte. Schmelde hatte die beiden Damen und Holsfeld, wie in einem Augenblick, die beiden Damen verdrückt, was sich hin in der Droschke.

Was Tante Holsfeld betraf, so sah man in der

